



Viele Angebote sind nicht barrierefrei. Schon vor 10 Jahren gab es darum Proteste von Menschen mit Behinderung. Barriere-Freiheit ist nun wieder Thema im Bundestag.

© picture alliance / NurPhoto | Markus Heine

Änderungen im Behinderten-Gleichstellungs-Gesetz

Das will die Regierung für mehr Barriere-Freiheit tun

leicht
erklärt



Was sagen die anderen Parteien zu den Plänen?

Und warum gibt es Proteste?

Mehr als 10 Millionen Menschen mit Behinderungen leben in Deutschland.

Sie haben die gleichen Rechte wie alle Menschen.

Aber für Menschen mit Behinderungen gibt es viele Hindernisse.

Hindernisse sind zum Beispiel:

- Treppen für Menschen im Rollstuhl
- **keine** Infos in Gebärdensprache und Leichter Sprache
- **keine** Wegweiser und Hinweise für blinde Menschen

Die Regierung will weniger Hindernisse für Menschen mit Behinderungen.

Darum will sie ein wichtiges Gesetz ändern:

das **Behinderten-Gleichstellungs-Gesetz**, kurz: **BGG**.

Der Bundestag hat nun über die Pläne für die Änderungen geredet.

Warum will die Regierung das Gesetz ändern?

Viele Gesetze für Barriere-Freiheit gelten nur für Einrichtungen vom Staat.

Das sind zum Beispiel:

Ministerien, Polizei oder die Bundesagentur für Arbeit.

Aber es muss eigentlich überall Barriere-Freiheit geben, zum Beispiel bei privaten Anbietern.

Private Anbieter sind zum Beispiel:

Läden, Hotels, Kinos, Banken oder Internet-Shops.

Machen die Anbieter ihre Angebote barrierefrei?

Dann können mehr Kunden die Angebote nutzen.

Das ist auch gut für die privaten Anbieter.

Mehr Barriere-Freiheit bei privaten Anbietern

Private Anbieter sollen prüfen:

Wie barrierefrei sind unsere Angebote?

Zum Beispiel:

Vor einem Kiosk ist eine Treppe.

Rollstuhl-Fahrer können darum **nicht** in den Kiosk.

Vielleicht kann der Kiosk eine Rampe einbauen.

Oder vielleicht können Rollstuhl-Fahrer anders beim Kiosk einkaufen.

Aber es gibt **keine** Regeln,

wie die Barriere-Freiheit genau sein soll.

Jeder Anbieter kann eigene passende Lösungen finden.

Das heißt zum Beispiel:

Ein Kiosk baut eine Rampe für Rollstühle.

Ein anderer Kiosk verkauft Getränke auch vor der Tür.

Man muss immer prüfen:

Was ist möglich und sinnvoll?

Am besten reden die Anbieter dafür

mit Menschen mit Behinderungen.

Mehr einfache und verständliche Infos von Ämtern

Im BGG steht schon:

Ämter sollen einfache und verständliche Infos geben.

Zum Beispiel in Briefen, bei Formularen oder bei Antworten auf Fragen.

Menschen mit geistigen oder seelischen Behinderungen haben ein Recht auf einfache und verständliche Infos.

Aber viele Menschen kennen ihr Recht **nicht**.

Das soll sich ändern:

Die Ämter sollen auf dieses Recht hinweisen müssen.

Es gibt auch eine neue Einrichtung.

Die Einrichtung berät Ämter zu Leichter Sprache und Deutscher Gebärdensprache.

Proteste gegen geplante Änderungen

Für einige Menschen sind die neuen Pläne zu wenig.

Darum gibt es Proteste.

Zum Beispiel vom Bündnis „Baustelle Barrierefreiheit“.

In dem Bündnis sind verschiedene Gruppen und Menschen.

Zum Beispiel:

- der Verein „Sozialheld*innen“
- der Verein „AbilityWatch“
- der Verein „Sozialverband VdK Deutschland“

Das Bündnis „Baustelle Barrierefreiheit“ will klare Regeln für private Anbieter.

Die privaten Anbieter können sonst einfach sagen:

Barriere-Freiheit kostet uns zu viel.

Aber das darf **keine** Ausrede sein.

Und so ändert sich wenig.

Barriere-Freiheit ist dann nur ein leeres Versprechen.

Das Bündnis „Baustelle Barrierefreiheit“ will, dass Anbieter auch vor Gericht kommen können.

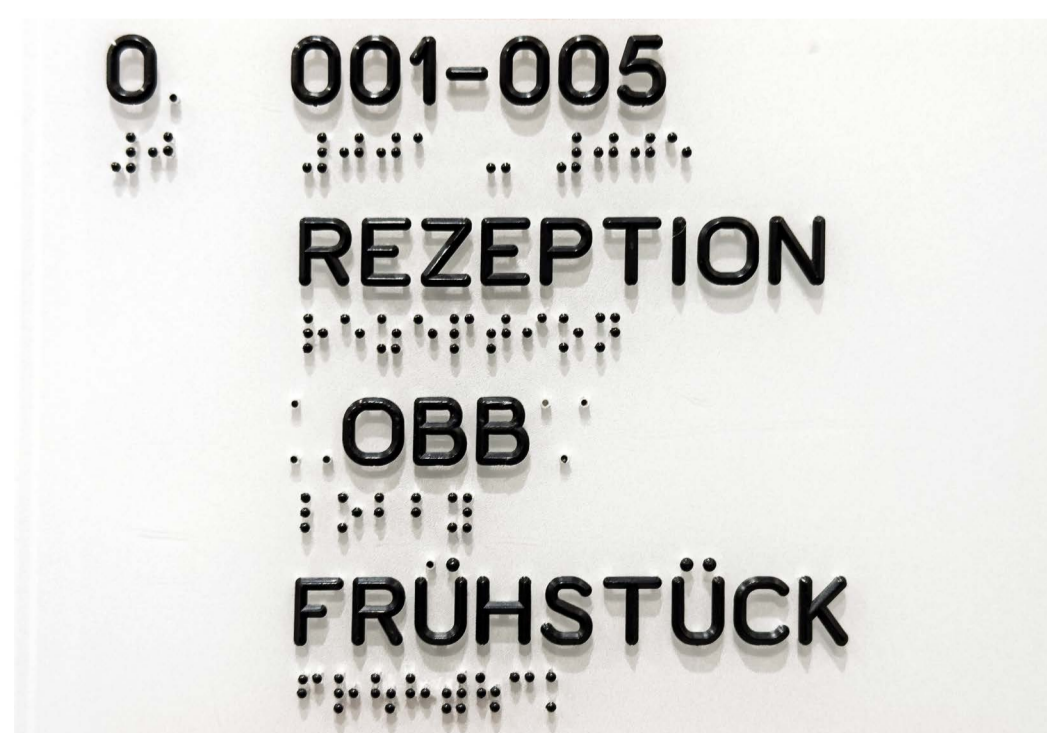
Zum Beispiel:

Ein Anbieter entfernt ein Hindernis **nicht**.

Dann sollen Menschen mit Behinderung

vor Gericht klagen können.

Und der Anbieter soll eine Strafe bekommen.



Ein Beispiel für Barriere-Freiheit in einem Hotel:
Infos gibt es auch in Blinden-Schrift.

picture alliance / FotoMedienService | Ulrich Zillmann

Das Bündnis „Baustelle Barrierefreiheit“ will auch:

Anbieter mit wenig Geld sollen extra Geld bekommen.

Mit dem extra Geld sollen sie sich um Barriere-Freiheit kümmern.

Auch andere Parteien finden die Pläne von der Regierung schlecht:

- Die Partei AfD findet:
Es fehlen gute Regeln für Assistenz-Hunde.
Assistenz-Hunde müssen geprüft und anerkannt werden.
Das ist im Moment zu schwierig und zu teuer.
- Die Partei Die Grünen findet:
Es fehlen klare Pflichten für private Anbieter.
So ist Barriere-Freiheit oft nur freiwillig.
- Die Partei Die Linke findet:
Die Änderungen im BGG sind zu wenig.
Deutschland muss mehr tun für die Rechte von Menschen mit Behinderungen.

Wie geht es weiter?

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales überarbeitet den Plan für das neue BGG.

Dann gibt es noch einen Termin zur Beratung im Bundestag.

Bundestag und Bundesrat müssen über das neue BGG abstimmen.

Wenn alle zustimmen, wird das neue BGG gültig.

Wichtige Gesetze für Barriere-Freiheit

1994: Änderung im Grundgesetz

Artikel 3 Absatz 3 im Grundgesetz wird ergänzt:

Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

2001: Einführung Sozialgesetzbuch 9

Menschen mit Behinderung sollen besser

überall mitmachen und dabei sein können.

Das Sozialgesetzbuch 9 wird im Jahr 2020 stark überarbeitet.

2002: Einführung Behinderten-Gleichstellungs-Gesetz

Einrichtungen vom Staat müssen barrierefrei sein.

Die Regeln im Gesetz wurden schon öfter geändert.

2006: Einführung Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz

Menschen dürfen wegen ihrer Behinderung **keine** Nachteile haben.

Zum Beispiel bei der Suche nach Arbeit oder einer Wohnung.

2009: Deutschland unterschreibt UN-BRK

UN-BRK ist kurz für UN-Behindertenrechtskonvention.

Die UN-BRK beschreibt Rechte für Menschen mit Behinderung auf der ganzen Welt.

Deutschland muss eigene Gesetze für diese Rechte machen.

2025: Einführung Barriere-Freiheits-Stärkungs-Gesetz

Viele Angebote müssen barrierefrei werden.

Zum Beispiel: Ticket-Automaten oder Anleitungen für Produkte.

Text, Gestaltung und
Prüfung auf Verständlichkeit:

Lebenshilfe Bremen e.V.
Büro für Leichte Sprache
Waller Heerstraße 55
28217 Bremen

 **Lebenshilfe**
Bremen | Leichte Sprache

www.leichte-sprache.de

leichte-sprache@lebenshilfe-bremen.de